

Papua Neuguinea und sein Grenzkonflikt mit Indonesien

"Es gibt nichts mehr, was wir tun können. Amerika und die großen Mächte sind für die Entscheidung von 1962 verantwortlich, Irian Jaya an Indonesien auszuhandigen. Heute ist Irian Jaya ein Teil der Republik Indonesien - wir respektieren die indonesische Souveränität und sie respektieren die unsere."

Mit diesen Worten rechtfertigt Michael Somare, der damalige Ministerpräsident von Papua Neuguinea (künftig PNG abgekürzt), Anfang 1985 seine Politik gegenüber Indonesien und gegenüber den Flüchtlingen (FEER 15.8.85)

AUSTRALIEN GIBT DIE RICHTUNG AN

Die Niederlande, England und Deutschland hatten im letzten Jahrhundert die Insel Neuguinea unter sich aufgeteilt. Der 141. Längengrad wurde die Grenze zwischen dem deutsch-englischen Ostteil, später von Australien verwaltet und 1975 in die Unabhängigkeit entlassen, und dem holländischen Westteil, der bis zum 30. September 1962 holländische Kolonie blieb. Auf Druck der Kennedy-Administration zog sich Holland zurück und nach einer achtmonatigen Übergangszeit unter UNO-Kontrolle übernahm Indonesien den westlichen Teil der Insel. Indonesien begründete seinen Anspruch auf den Westteil stets damit, daß Westneuguinea zum Gebiet der ehemaligen holländischen Kolonie gehörte. Unter führenden Indonesiern gab es schon vor 1945 die Meinung, daß ganz Neuguinea in ein künftiges Indonesien integriert werden sollte.

Bis 1962 war der 141. Längengrad eigentlich nur eine gedachte Linie. Menschen aus beiden Teilen konnten ohne Schwierigkeiten rüber und näher wechseln. Das änderte sich jetzt. Im Februar 1963 wird zum erstenmal berichtet, daß 44 Westpapuas als "Fremde und illegale Einwanderer" von der australischen Kolonialverwaltung über die Grenze zurückgeschickt wurden (PIM Febr. 62). Bis heute flohen ungefähr 12.000 Menschen vom Westteil der Insel nach PNG und belasteten dadurch das Verhältnis von PNG zu seinem mächtigen Nachbarn Indonesien. Heute muß ein unabhängiges PNG auslöffeln, was ihm die Kolonialmächte durch Teilung der Insel eingebracht haben.

War eine Wiedervereinigung der Insel für australische Politiker in den 50iger Jahren noch denkbar oder gar erstrebenswert, so ändert sich das mit dem New Yorker Abkommen von 1962 völlig, durch das der Westteil an Indonesien fällt. Von nun an betreibt Australien eine Appeasementpolitik gegenüber Indonesien:

es unterstützt den indonesischen Anspruch auf Westneuguinea (heute Irian Jaya) und akzeptiert damit eine dauernde Spaltung der Insel.

Diese Politik steht im krassen Gegensatz zu den Gefühlen der Menschen in Neuguinea. Sie fühlen eine Verbundenheit mit ihren melanesischen Brüdern im Westen, auch wenn sie im eigenen Land zum Separatismus neigen. Viele von ihnen stimmen sicher dem Ausspruch von Maori Kiki, später zeitweise Außenminister des unabhängigen PNG, aus dem Jahr 1972 zu:

"Indonesien wird uns nicht angreifen. Aber dort gibt es Menschen von unserer Hautfarbe und unserer Rasse, die manchmal Wallabies über die Grenze jagen und verloren gehen. Sie werden kommen, wenn wir eine eigene Regierung haben und uns um Hilfe bitten. Die Indonesier werden sagen: Verschwindet, das ist eine ehemalige holländische Kolonie, wir haben sie von Holland übernommen. Wir werden sagen: Verschwindet, sie gehören nicht zu euch, es sind Papuas. Das wird auf uns zukommen. Persönlich meine ich, wenn mein Bruder in Not ist, schlage ich zu. Wenn er es nicht ist, werden wir Freunde von Indonesien". (J. Griffin, S. 254)

Der "Bruder aus Westneuguinea" kommt in Not. Aus Irian Jaya kommen Berichte von grausamer Verfolgung, Enteignung, Mißachtung melanesischer Kultur und einer indonesischen Einwanderungspolitik, die zu einer "Javanisierung" führen soll. Bis zur Unabhängigkeit von PNG 1975 fliehen mehr als 1.000 Menschen in den Ostteil. In Irian Jaya entsteht eine Freiheitsbewegung die OPM (Organisasi Papua Merdeka).

Die Menschen in PNG empören sich über das Schicksal ihrer melanesischen Brüder. 1969, nach der manipulierten Wahl, dem "Act of Free Choice", die die indonesische An-



nektion von Westpapua besiegelt, und 1975, nach der indonesischen Invasion von Osttimor nimmt die Empörung sichtbare Formen an. Es kommt zu Demonstrationen, einer Parlamentsresolution, Petitionen, Versuchen, die UNO zu einer anderen Haltung zu bewegen.

Alle Proteste scheitern an der Machtlosigkeit der UNO und der Entschlossenheit Australiens und später auch der Somare-Regierung, die Beschwichtigungspolitik gegenüber Indonesien beizubehalten.

DIE GRENZABKOMMEN

Aus indonesischer Sicht gibt es keine Probleme in Irian Jaya und deswegen auch keine Flüchtlinge. Es gibt lediglich einen kleinen, traditionellen Grenzverkehr und einige wenige Terroristen, also illegale Auswanderer, die sich durch Flucht einer Strafverfolgung entziehen wollen. Diese Auffassung der Grenzsituation fließt in alle drei Grenzabkommen ein und wird von Australien und später auch PNG weitgehend akzeptiert. Aus australischer und indonesischer Sicht handelt es sich bei der Grenzfrage

um eine rein bilaterale Angelegenheit. Um den bilateralen Charakter der Situation zu unterstreichen, unterzeichnet Australien das 1972 ausgehandelte Grenzabkommen als Mandatsmacht nicht selbst, sondern läßt dies Michael Somare tun, den Ministerpräsidenten des damals noch nicht unabhängigen PNG. In diesem Abkommen heißt es u.a.:

"Jede Regierung soll im Geiste der Freundschaft und guten Nachbarschaft handeln und vor Augen haben ... wie wichtig es ist, Menschen vom Überqueren der Grenze abzuhalten, die sich auf diese Weise nur der Gerechtigkeit entziehen wollen - Art. 16, § 1" (West Papua, S. 87).

Eine Unterstützung dieser Art Flüchtlinge durch PNG bedeutet demnach zugleich ein Anzweifeln der Rechtsordnung des mächtigen Nachbarn. Ein heikles Erbe für den jungen Staat. Hat man die Konsequenzen damals wirklich noch nicht überschauen können?

Michael Somare, auch erster Regierungschef des unabhängigen PNG übernimmt diese australische Politik (oder hat sie - auf australischen Druck hin? - übernehmen müssen.) Hinzukommt die unverhohlene Drohung Indonesiens, jeder kommunistischen Bewegung innerhalb und außerhalb seiner Grenzen entgegenzutreten, wobei kommunistisch hier gleichbedeutend mit separatistisch ist.

Vor dem Abgeordnetenhaus begründet Somare im Juni 1973 seine Politik folgendermaßen:

"Wir haben eine Bevölkerung von 2,5 Millionen, während Indonesien etwa 100 Millionen hat. Weil unser Nachbarland so eine starke Bevölkerung hat, dürfen wir auf keinen Fall mit ihm Streit bekommen" (West Papua S. 87).

In einem 2. Grenzabkommen von 1979 verpflichten sich die Vertragspartner über das bisher Vereinbarte hinaus, die Grenze gemeinsam zu überwachen und jegliche OPM-Aktivitäten zu unterbinden. Einzelheiten

wie gemeinsame Grenzpatrouillen werden nicht geklärt. Im April 1984 wird dieses Grenzabkommen revidiert. Die Außenminister beider Länder beschließen damals "die border-crossers (die sogenannten "illegalen" Flüchtlinge) gemeinsam und in geordneter Weise in ihre Heimat zurückzubringen". Der indonesische Außenminister Mochtar versichert seinem Kollegen, daß "die Sicherheit der Rückkehrer garantiert sei, sofern sie nicht gegen irgendwelche Gesetze verstoßen hätten". (PIM, Juni 84)

Papua Neuguinea hat sich bis jetzt stets geweigert, einen Auslieferungsvertrag zu unterschreiben, der es zwingen würde politische Flüchtlinge auszuliefern. Prominenten OPM-Führern wie Jacob Prai und Seth Rumkorem verweigerte PNG zwar politisches Asyl, suchte aber mit Hilfe des UNO-Flüchtlingskommissars ein Drittland, das sie aufnahm.

DER UMGANG MIT DEN FLÜCHTLINGEN

Die Regierung von PNG versucht die Menschen in den Flüchtlingslagern in anerkannte Flüchtlinge, traditionelle Grenzgänger und illegale Einwanderer einzuteilen. Bis heute gibt es dafür allerdings keine klaren Kriterien. Die Flüchtlinge selbst sympathisieren fast alle mit der OPM. Sie sagen: "Die OPM ist keine Organisation, sondern ein Gefühl, das jeder im Hinblick auf sein Schicksal hat". (PIM, Febr. 85)

Bis 1979 stellt sich die Situation so dar:

"Im allgemeinen hat sich die Politik der Regierung seit 1962 nicht geändert. Leute, die die Grenze überqueren, müssen sich an einem Grenzposten melden und ihren Grund für die Überquerung angeben. Wenn sie aus traditionellen Gründen kommen (meistens Herstellung von Sago), erlaubt man ihnen im allgemeinen zu bleiben, bis sie ihr Vorhaben erledigt haben. Man erwartet dann von ihnen, daß sie zurückkehren. In jedem anderen Fall, schickt man sie zurück.

Bitten sie um Asyl, werden sie festgehalten, bis eine Entscheidung gefallen ist oder sie müssen zurückkehren.

In der Praxis jedoch hat die Umsetzung dieser politischen Richtlinien beachtlich variiert. In den 60iger Jahren und Anfang der 70iger Jahre wurde die vorläufige Aufenthaltsgenehmigung großzügig gewährt ... In vielen Fällen durften Gruppen in Lagern bleiben bis sich zu Hause die Lage verbessert hatte". (West Papua S. 88)

Diese im Grunde lässige Haltung gegenüber den Flüchtlingen wird nach dem Abkommen von 1979 härter.

Indonesien drängte seither immer stärker auf eine Repatriierung der Flüchtlinge und forderte ein strikteres Vorgehen gegen die OPM, die Papua Neuguinea als Zufluchtsort und Basis für antiindonesische Aktivitäten mißbrauche. PNG gibt diesem Drängen nach, vor allem seit es Mitte 1984 mit der Last von etwa 12.000 Flüchtlingen nicht mehr fertig wird - 90 Flüchtlinge verhungerten in den Lagern. In der Folgezeit versucht es sein Indonesien gegebenes Versprechen einzulösen. In Nacht- und Nebelaktionen werden Hunderte von Menschen, meist gegen ihren Willen, über die Grenze gebracht. (1984 waren es 99 Personen, von denen 2 bereits eine Woche später an den Folgen von Folterungen gestorben sein sollen. 1985 wurden bisher mindestens 136 Menschen deportiert.) In einer ganzen Reihe von Fällen wurden andere sogenannte OPM-Aktivisten und illegale Einwanderer von PNG verurteilt, der Strafvollzug wurde allerdings öfter ausgesetzt.

DAS KATZ UND MAUSSPIEL

Die folgenden Meldungen über weitere indonesische Provokationen gegenüber PNG aus den letzten Jahren sind nur eine Auswahl:

Anfang 1983 baut Indonesien eine Straße entlang der Grenze, die an zwei Stellen über das Gebiet von PNG führt. Auf Anfragen und Protesten aus PNG hin schweigt Indonesien beharrlich und ist erst ein Jahr später bereit, sich zu entschuldigen. (PNG Times 6.1.84)

Am 27.3.84 überfliegen zwei indonesische Flugzeuge mehrfach die Regierungsstation Green River in PNG. Indonesien dementiert diesen Vorfall und zieht nach Protesten aus PNG seinen Botschafter aus Port Moresby ab. Anschließend beschuldigt es PNG den indonesischen Botschafter ausgewiesen zu haben (PIM, Juni 84).

Mitte 84 plündern indonesische Soldaten ein Grenzort in PNG. Indonesien kommentiert diesen Vorfall lakonisch, dies könnten nur OPM-"Terroristen" gewesen sein (PNG Times, 5.7.84)

Nachdem zwischen Februar und August 1984 10.000 Flüchtlinge über die Grenze strömten, bat PNG Indonesien um eine Erklärung. Indonesien gab daraufhin eine sehr überzeugende Antwort: Es habe am 13. Februar einen Zwischenfall gegeben, bei dem OPM-Anhänger eine Westpapuaafahne gehißt hätten (PIM, Juni 84).

Die Reaktionen auf die indonesischen Provokationen sind verschieden: Aufbegehren und Empörung bei der Bevölkerung und der Opposition, Resignation, Kompromißbereitschaft und guter Wille bei der Regierung. Verteidigungsminister Epel Tito erklärte bei einem Besuch in Australien, daß PNG innerhalb der nächsten 10 bis 20 Jahre eine Invasion

NEUERSCHEINUNG! Rainer Werning

Indonesien 1965 - 85 Lange Schatten des Terrors

Im September/Oktober 1965 scheiterte der Putschversuch linker Offiziere der indonesischen Streitkräfte. Präsident Sukarno mußte von der Bühne abtreten; es folgte die bittere Rache der Sieger. Die Massaker kosteten 1 Million Menschen das Leben.

Daß 10 Jahre nach Vietnam ein Film wie "Killing Fields" die Botschaft der Reaktion - eine Abmabelung von Onkel Sam führt schmutzstracks ins Inferno - cineastisch feiert, hat System. Gleichsam entspricht es System, daß dieselbe Reaktion bis heute Imagepflege eines Regimes betreibt, dessen "Neue Ordnung" auf systematischem Terror basiert.

WURF Verlag
Norbert Eilinghoff
Hammer Str. 71
D-4400 Münster

ISBN 3-923881-14-2 (6.50)

von Indonesien erleben werde. Daraufhin setzt ihn Somare ab. (PNG Times, 6.1.84) Außenminister Namaliu will Entspannung. Er bietet seinem indonesischen Kollegen an, ihm zu helfen, die melanesische Lebensweise zu verstehen. Mochtar beschimpft ihn daraufhin als offensiv und provokativ. Namaliu gibt im Anschluß daran das von Indonesien gewünschte Versprechen, die Flüchtlinge zu repatriieren. Als sich Monate später herausstellt, daß dies im großen Stil nicht durchzusetzen ist, bemerkt Mochtar lakonisch, das Flüchtlingsproblem sei ein Problem von PNG. (FEER 7. Nov. 85) "Ich habe die PNG-Sache richtig behandelt ... Viele sind nach Irian Jaya zurückgekommen, ungefähr 2.000. Diejenigen die drüben bleiben wollen, wollen nur nicht arbeiten. Wir brauchen keine Leute, die nicht arbeiten wollen". (tapol, Sept. 85)

Versuche, eine bilaterale Lösung des Grenzkonfliktes zu finden, scheiterten bisher. Zaghafte Ansätze der letzten Monate, den Konflikt zu internationalisieren, waren genauso erfolglos: entweder sie blieben unbeantwortet oder sie wurden abgeschmettert. Der australische Außenminister erklärte dazu am 7.11.85 in Port Moresby.

"Sie haben jetzt die Verpflichtung eines souveränen und unabhängigen Staates ... Sie haben die Verpflichtung Flüchtlinge aufzunehmen. Bisher haben Sie alle, die aus Irian Jaya kamen, aufgenommen, das können sie auch jetzt und in Zukunft tun". (PNG Times, 9.11.85)

ZUSAMMENFASSUNG

Die Beschreibung des Konfliktherdes am 141. Längengrad, der Grenze zwischen dem politischen und militärischen Zwerg PNG und der expansionistischen asiatischen Großmacht Indonesien, läßt sich mit folgenden Thesen kurz zusammenfassen:

1. PNG hat das Problem dieser Grenze von den Mächten geerbt, die während der Kolonialzeit über die Insel bestimmten.
2. PNG mußte auch als unabhängiger Staat nach 1975 sich an die früher getroffenen Vereinbarungen halten.
3. Relevant wurde die Grenzfrage durch die Massenflucht von West-Neuguineern nach PNG, ausgelöst durch die repressive Innenpolitik Indonesiens in Irian Jaya.
4. Die öffentliche Meinung, soweit sie sich durch Medien, Demonstrationen und der parlamentarischen Opposition manifestiert, steht der

offiziellen Regierungspolitik diametral entgegen.

5. Ansätze von PNG, die Flüchtlingsfrage nicht nur formal und vereinbarungsgemäß zu lösen, sondern human im Sinne der Flüchtlinge, wurden von der indonesischen Administration gereizt und ungeduldig beantwortet.

Im November 1985 wurde die Regierung Somare durch ein Mißtrauensvotum gestürzt. Es wird die Frage sein, wie die neue Regierung in PNG sich der existenziellen Grenz- und Flüchtlingsfrage stellen wird. - Das Beispiel Osttimors steht drohend am Horizont.

ZU DEN ZITATHINWEISEN:

- tapol = TAPOL Bulletin, London
 PIM = Pacific Islands Monthly, Sydney
 FEER = Far Eastern Economic Review, Hongkong
 PING Times = The Times of Papua New Guinea, Port Moresby
 West Papua = West Papua: The Obliteration of a People, published by tapol - London 1984
 J. Griffin = J. Griffin, H. Nelson, S. Firth, Papua New Guinea, A Political History, Richmond (Austr.) - 1979

Ursula Mroßko

Die indonesische Politik in Irian Jaya und ihre Folgen

Irian Jaya, eine Provinz Indonesiens, bildet gemeinsam mit dem unabhängigen Staat Papua Neuguinea die zweitgrößte Insel der Welt: Neuguinea. Der ethnischen Zugehörigkeit nach sind die Irianesen (oder West Papuas, wie sie sich selbst nennen) Melanesier und damit den Bewohnern Papua Neuguineas verwandt. Daß sie staatsrechtlich allerdings dem indonesischen Vielvölkerstaat zugeordnet wurden, ist - wie in vielen anderen Regionen der Erde - eine Folge der willkürlichen kolonialen Grenzziehungen im letzten Jahrhundert. Hier liegt der Ursprung eines Konflikts, dessen Entwicklung heute die Stabilität der Region zunehmend gefährdet und im Endeffekt zur kulturellen Ausrottung der Stämme West-Papuas führen kann.

DER HISTORISCHE WERDEGANG EINES KONFLIKTES

1828 wurde West Neuguinea von den Niederländern annektiert und in ihr Kolonialimperium Ost-Indien einbezogen. Daß hier europäische Imperialpolitik am Werk war, zeigt die 20 Jahre später zwischen den Niederlanden und Großbritannien geschlossene Vereinbarung, nach der die Einflußsphäre der beiden Länder per Lineal am 141sten Meridian geteilt wurde.

Das tatsächliche Interesse der

Holländer an ihrem Kolonialbesitz West Neuguinea war allerdings nur gering. Lediglich der Exploration von Rohstoffvorkommen wurde ab 1907 eine gewisse Aufmerksamkeit gewidmet. Erst der zweite Weltkrieg leitete auch in diesem Teil der Welt ein neues Zeitalter ein: Die Japaner besetzten von 1942 - 1944 Küstenstriche und Hafenschaften sowohl im Ost- wie im Westteil der Insel. Nachdem die alliierten Truppen die Kontrolle wieder zurückgewonnen hatten, übernahmen vorerst die jeweiligen Kolonialmächte erneut die Verwaltung. West Neuguinea

wurde dabei von den Holländern separat verwaltet, da in Indonesien noch japanische Truppen standen, die erst nach den Bombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki kapitulierten.

In Indonesien konnten sich die Holländer nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr etablieren. Hier wurde 1945 die Republik Indonesien ausgerufen, über deren territoriale Grenzen es allerdings im Rat der 64 erhebliche Meinungsverschiedenheiten gab. Sukarno, der spätere erste Präsident der Republik, verfolgte ein expansionistisches Konzept mit Java als Mittelpunkt. Sein historisches Vorbild, das einstige indonesische Großkönigtum Majapahit, erlaubte es ihm, auch Neuguinea zu beanspruchen.

Die Niederlande hatten die Unabhängigkeitserklärung Indonesiens nicht akzeptiert und waren erst 1949 - auf Druck der USA - bereit, auf ihre Kolonialbesitzungen zu verzichten. Die Zukunft West Neuguineas war bei diesen Verzichtshandlungen ein kontroverses Thema, das mit der Entscheidung für den vorläufigen Verbleib bei Holland nicht abschließend behandelt wurde. Nach Kriegsende wurde immer klarer, welchen Reichtum an Bodenschätzen die Insel Neuguinea barg und die Holländer wollten sich ihren Anteil daran sichern. Da die weitere Entwicklung des Verhältnisses zu Indonesien noch vollkommen offen war, wollte man seinen Einfluß in West